



## **Beschluss der 30.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Augsburg vom 20. bis 22. April 2012**

### **Open Data, Open Government, Revolution der Demokratie**

In unserem Beschluss „Partizipation On- und Offline“ haben wir im vergangenen Jahr festgestellt, dass der Digitale Wandel enorme Auswirkungen darauf haben kann, wie wir Demokratie leben. Für die Chancen, die sich durch diesen Wandel ergeben, stehen im wesentlichen zwei Konzepte „Open Data“ und „Open Government“, deren Umsetzung und Weiterentwicklung wir vorantreiben möchten, um die demokratische Teilhabe von BürgerInnen in Bayern und in den Kommunen, in denen sie leben, zu fördern.

#### **OpenData**

OpenData beschreibt die Idee, Daten frei und offen für die Öffentlichkeit zugänglich und nutzbar anzubieten. Dabei geht es besonders um Inhalte, welche von staatlichen Behörden gesammelt werden, anschließend jedoch innerhalb der Verwaltung „in Schubladen verschwinden“ und für die BürgerInnen im Allgemeinen nicht ohne weiteres erreichbar sind. Das Potenzial dieser Daten kann deswegen nur voll ausgeschöpft werden, wenn diese freien Inhalte für einen sinnvollen Umgang aufbereitet abrufbar sind.

#### **Open Government**

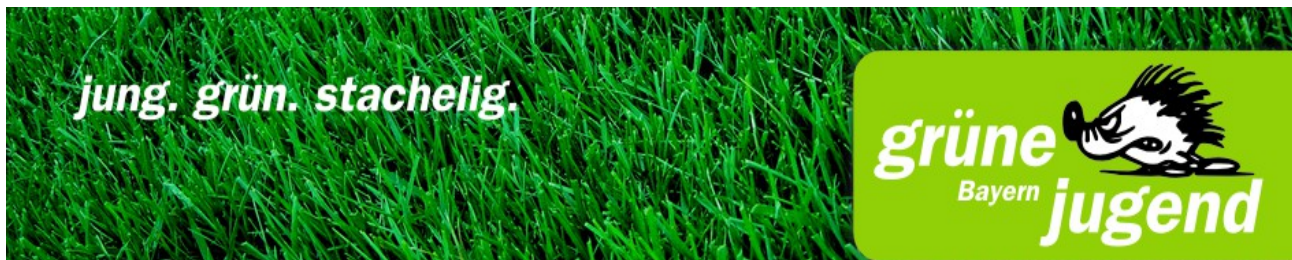
Der Begriff „Open Government“ ist noch deutlich abstrakter, als Open Data und beschreibt die Idee, die BürgerInnen in das Handeln von Regierungen, parlamentarischen EntscheidungsträgerInnen und Verwaltungen mit einzubeziehen. Die Idee Open Government erwartet dabei einen Mentalitätswechsel weg von der Ausübung von Macht durch „Herrschaftswissen“ und Geheimniskrämerei in den Verwaltungen, hin zu offenen und transparenten Strukturen. Außerdem, dass Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, mit dem sich die BürgerInnen mit ihrem Wissen und ihrer Meinung in Entscheidungsprozesse einbringen können und den Abbau von Barrieren. Dabei sollen vor allem die Möglichkeiten der neuen Technologien genutzt werden. Die konkrete Ausgestaltung der Idee „Open Government“ kann aber in vielerlei Hinsicht variieren.

Obwohl Open Data und Open Government auch unabhängig voneinander stehen können, glauben wir, dass sie zwei verschiedene Seiten einer Medaille sind, was die Entwicklung eines modernen Verhältnisses zwischen Staat und BürgerInnen und die Zukunft der Demokratie betrifft. Mit Open Data versucht der Staat, den Menschen mehr Informationen zur Verfügung zu stellen. Diese können dann ein besseres Verständnis für politische Probleme im Kleinen wie im Großen entwickeln. Mit Open Government kann der Staat versuchen, die Kreativität und das Wissen möglichst vieler Menschen zur Lösung konkreter Probleme mit einzubeziehen.

Das kann jeweils auf unterschiedliche Art geschehen.

**Beschluss der 30. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Augsburg (April 2012)**

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



### **Wie kann das aussehen? Gelungene Beispiele**

Die Ausgestaltung der Ideen Open Data und Open Government ist vielfältig und noch stehen wir am Anfang der Erkundung vieler denkbarer Ideen.

Die Internetportale „Fix my Street“ und „Frankfurt gestalten“ versuchen, den Menschen vor Ort die Möglichkeit zu geben, die zuständigen Verwaltungen auf Handlungsbedarf im öffentlichen Raum aufmerksam zu machen. Schlaglöcher können gemeldet werden, Schäden an Einrichtungen oder Ideen zur besseren Gestaltung. Frankfurt gestalten versucht außerdem, die Informationen, die eine Verwaltung über den öffentlichen Raum bekannt macht, auf einer Karte darzustellen, so dass sich Menschen informieren können, weshalb Bauarbeiten an einer Straße durchgeführt werden. Das Portal „Wheelmap.org“ lässt Menschen Informationen darüber sammeln, welche Geschäfte, Einrichtungen oder Gastronomie in ihrer Umgebung für den Zugang mit Rollstuhl (oder Kinderwägen) geeignet sind. Diese Informationen sind für viele Menschen von unmittelbarer Nützlichkeit, die Daten stehen frei zur Verfügung. Auf „Bundestube“ lassen sich Reden im Bundestagsplenum nach Stichwörtern durchsuchen und als Videobeitrag und dem Wortlaut der Rede als Text ansehen. Diese Beispiele zeigen, wo Menschen bereits die Lücken staatlicher Angebote versuchen, durch eigenes Engagement zu ersetzen, obwohl vielerorts staatliche Einrichtungen über Informationen verfügen.

Ein Beispiel, das auch ohne den Digitalen Wandel denkbar ist, ist die Idee des Bürgerhaushalts, die in Brasilien entwickelt wurde. In Städten, wie bspw. Münster oder Stuttgart können Menschen Vorschläge zur Gestaltung kommunaler Haushalte einbringen und bewerten.

Die Potentiale sind vielfältig und noch nicht ausgeschöpft. Die Freigabe über Daten von Verkehr und Bahnverkehr kann Menschen das Reisen oder die Nutzung öffentlichen Nahverkehrs erleichtern. Aus anderen Daten kann ökologischer Handlungsbedarf erkannt und vorangetrieben werden. Der Zugang zur Information und die Möglichkeit zur Einmischung werden die Demokratie in den nächsten Jahrzehnten grundsätzlich erneuern.

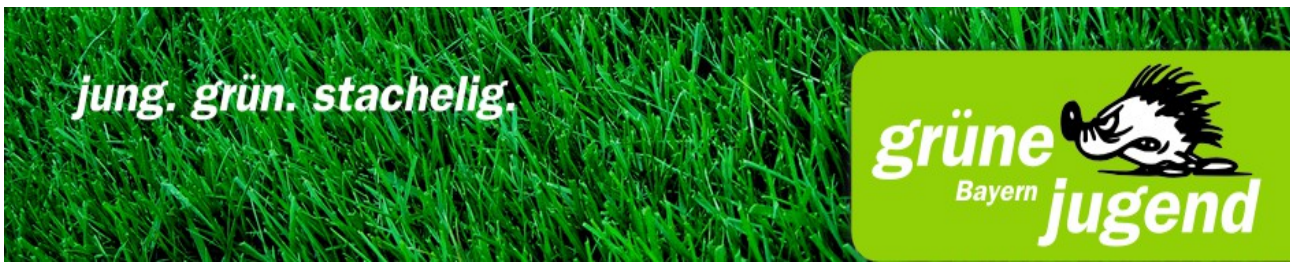
### **Worauf bei der Umsetzung zu achten ist**

Wir halten die Vorstellungen, wie der Freistaat, aber noch viel mehr, wie die bayerischen Kommunen ihre BürgerInnen zur Einmischung und Beteiligung ermutigen könnten noch viel zu unterentwickelt. Die Potentiale bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Forderung nach Informationsfreiheitsgesetzen und Onlinepetitionsrechten teilen wir ausdrücklich, halten sie aber für zu wenig, um die Demokratie in Bayern ins 21. Jahrhundert zu bringen.

Zwar bietet der Freistaat Bayern bereits ein eigenes „Open Data“-Portal an, jedoch sind die Datensätze, die dort der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden zumeist in Dokumenten, oft im Format PDF oder Microsoft Word, gefangen. Die Potentiale, die sich aus Open Data jedoch

**Beschluss der 30. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Augsburg (April 2012)**

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



ergeben, sind die, dass die Menschen anhand der von staatlicher Seite zur Verfügung gestellten Daten, neue Informationen aus einer visuellen Darstellung heraus generieren könnten, Einblicke in Zusammenhänge gewinnen könnten und zu neuen politischen Positionen finden oder bisherige Positionen durch das Belegen durch Zahlen untermauern könnten.

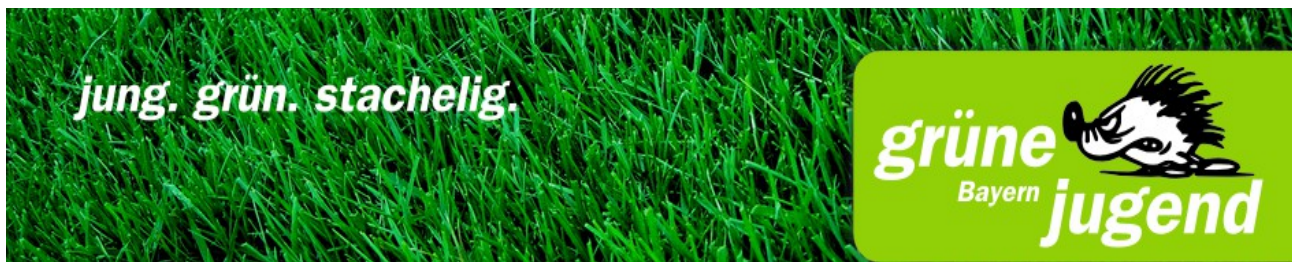
Die Daten, die der Staat zur Verfügung stellen sollte, müssen dem Anspruch genügen unter freien Lizenzen zu stehen, so dass Menschen und Unternehmen in der Lage sind, sie auf kreative Weise zu nutzen, um neue nützliche Anwendungen oder Informationsmöglichkeiten zu finden. Außerdem ist es wichtig, dass diese Daten in Formaten zur Verfügung stehen, die einem offenen Standard entsprechen, oder aber offen dokumentiert sind, so dass sie maschinell weiterverwendet werden können. Der Freistaat sollte sich außerdem aktiv an der Entwicklung neuer Standards und Schnittstellen beteiligen, so dass ein offener, nicht diskriminierender Zugang zu diesen Daten möglich wird.

### **Kommunen in den Fokus nehmen**

Das ganz große Potential der Ideen Open Data und Open Government liegt jedoch in noch größerem Maße in den Kommunen. Hier stehen nicht immer die Mittel und das Know-How einer Verwaltung zur Verfügung, um die besten Ideen für eine Stadt oder eine Gemeinde zu finden und vorzuschlagen. Die Kreativität und das Engagement der Menschen vor Ort ist ein großer Schatz, den es für mehr Lebensqualität in der eigenen Umgebung anzuzapfen gilt. Um die Kommunen dabei zu unterstützen, Open Data und Open Government vor Ort umzusetzen, fordern wir vom Freistaat Unterstützung. Denkbar sind Förderprogramme oder Wettbewerbe, in erster Linie muss es jedoch darum gehen, die teure Entwicklung von Softwarewerkzeugen zu finanzieren, und Arbeiten zu koordinieren. Denn fast keine Kommune kann dies alleine leisten und diejenigen, die es können, entwickeln nur für ihre eigenen Bedürfnisse.

### **Öffentliche Daten nützen – private Daten schützen!**

Das Ziel muss sein, ein offenes Denken in allen Verwaltungen und Regierungen des Landes zu fördern und als Grundsatz des Handelns jeder Verwaltung zu machen. Bei all den Potentialen, die durch die Verfügbarkeit freier Daten und offener Werkzeuge zur Verfügung stehen, so klar muss es sein, dass alle Daten, die personenbezogene Daten beinhalten geschützt werden müssen. Eine Freigabe solcher Datensätze darf allenfalls nur nach ausreichender Anonymisierung zu statistischen Zwecken erfolgen.



### **Das fordert die Grüne Jugend Bayern:**

- Ein engagiertes Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zu Open Data und Open Government
- Ein Datenportal, das seinen Namen verdient und die Daten in offenen Standards, vorzugsweise XML, unter freien Lizenzen wie Creative Commons oder der Open Database Licence veröffentlicht.
- Weg von der Behördengeheimniskrämerei: alles, was Verwaltungen erarbeiten gehört veröffentlicht, soweit dem nicht gewichtige Gründe entgegenstehen.
- Ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern, in dem die BürgerInnen nicht immer das Nachsehen gegenüber dem Geschäftsgeheimnis von VertragspartnerInnen des Freistaats haben müssen.
- Offene parlamentarische Prozesse, in denen die BürgerInnen mit ihren Meinungen zu Wort kommen können, bevor ein Gesetz verabschiedet wird nach dem Vorbild der Diskussionsprozesse mittels „Adhocracy“ in der Bundestags-Enquete-Kommission für Internet und Digitale Gesellschaft.
- Die Förderung der Entwicklung von Open-Government-Werkzeugen für Kommunen, sowie die Förderung der Entwicklung von Standards und Schnittstellen.
- Lokale Agenda-21-Arbeitskreise wieder aufleben zu lassen, sie aber mit digitalen Werkzeugen so zu unterstützen, dass eine Beteiligung auch für jüngere Menschen, die nicht immer die gleiche Verwurzelung vor Ort haben, attraktiver wird.
- Freiheit in der Wissenschaft. Durch „Open Access“ sollen wissenschaftliche Publikationen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen, nicht nur den Beziehenden teurer Fachmagazine.
- Den gläsernen, maschinenlesbaren Staat. Wir wollen nicht, dass das Internet für Verwaltungen nur als Alternative zum klassischen Behördengang verkommt. Wir wollen mehr Beteiligung der Menschen. Wir wollen Open Government, statt reinem e-Government.